



Die schwarzen Flächenfärbungen beziehen sich ausschließlich auf den Geltungsbereich der "6.1. Änderung Bebauungsplan Stadtmitte Püttlingen". Die grauen Flächenfärbungen beziehen sich auf Flächen und Symbole außerhalb des Geltungsbereichs der "6.1. Änderung Bebauungsplan Stadtmitte Püttlingen".

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 11 BauNVO)**
- WA Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO
- M Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)**
- I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
III - IV Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstmaß
GRZ 0,6 Zahl der Vollgeschosse zwingend
FH Firsthöhe
GRZ 0,6 Firsthöhe
- 3. Bauweise, Baufinden, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)**
- Bauregion (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)
- Baulinie (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)
- a abweichende Bauweise
- 4. Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)**
- Strassenverkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- Zweckbestimmung: Fußgängerzone, Fußweg
- A Zweckbestimmung: Öffentliche Parkfläche
- P Zweckbestimmung: Zentraler Omnibusbahnhof
- Strassenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- 5. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)**
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen unterirdisch 10 kV-Stromkabel
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen unterirdisch Gas-Leitung
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen unterirdisch Wasser-Leitung
- bestehende Trassenanlage
- 6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)**
- Ö Öffentliche Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- P Private Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- 7. Wasserflächen und Flächen für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)**
- Wasserflächen
- Fläche für den Hochwasserschutz (feldisches Überschwemmungsgebiet)
- 8. Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 23 und Abs. 6 BauGB)**
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- 9. Sonstige Planzeichen**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 6 BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugeländen, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugelands (z.B. § 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)
- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)
- St Zweckbestimmung: Stellplätze
- TG Zweckbestimmung: Tiefgaragen
- Geplante Saarbahntrasse (Informelle Darstellung)
- Vermehrter Bach (Informelle Darstellung)
- Fließrichtung für Hauptbaukörper
- Bezugspunkt für die Höhenfestsetzung der Oberkante Fußbodenbelag Erdgeschoss hier: Kanaldeckel (HS-016.1) mit einer Höhe von 206,83 m ü NN
- Besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
- hier: Schallschutzwand

Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB

- 1. Geplantes Überschwemmungsgebiet gem. § 76 Abs. 3 WHG**
- Das geplante Überschwemmungsgebiet wird auf Grundlage der erfassten Hochwasserflächen (HQ 100) in die Planung nachrichtlich übernommen. Diese Flächen sind als Rückhalteflächen zu erhalten.

Die im Folgenden aufgeführten Festsetzungen beziehen sich ausschließlich auf den Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans. Die Festsetzungen der "6.1. Änderung Bebauungsplan Stadtmitte Püttlingen" außerhalb des Geltungsbereichs bleiben davon unberührt.

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 11 - 15 BauNVO)**
- Mischgebiet (§ 6 BauNVO)
- Gemäß § 6 BauNVO wird ein **"Mischgebiet"** festgesetzt.
- Allgemein zulässige Nutzungen gemäß § 6 BauNVO:
- Wohngebäude,
 - Geschäfte und Bürogelände,
 - Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften und Betriebe des Verpflegungsgewerks,
 - Sonstige Gewerbebetriebe,
 - Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
- Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind nicht zulässig:
- Gartenbaubetriebe,
 - Tankstellen und
 - Vergnügungsgelände im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO in den Teilen des Gebietes, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind.
- Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind folgende, gemäß § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vorhaben nicht zulässig:
- Vergnügungsgelände im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO außerhalb der in Absatz 2 Nr. 8 bezeichneten Teile des Gebiets
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 - 21 BauNVO)**
- 2.1 Grundflächenzahl (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauNVO)**
- Innerhalb des Mischgebietes wird die Grundflächenzahl (GFZ) festgesetzt.
- Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche sind die Grundflächen von
- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
 - Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
 - Bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, nicht zu rechnen.
- Darüber hinaus wird festgesetzt, dass eine Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO genannten Anlagen gem. § 19 Abs. 4 Satz 4 bis zur maximalen Gesamtvergrößerung von 1,0 zulässig ist.
- 2.2 Zahl der Vollgeschosse (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauNVO)**
- siehe Planschrieb
- Die Zahl der Vollgeschosse (§§ 16, 20 BauNVO) richtet sich nach den im Plan festgesetzten Maßen.
- 2.3 Höhe der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 3 BauGB i.V.m. §§ 16, 18 BauNVO)**
- siehe Planschrieb
- FH = Firsthöhe
- Die Höhe der baulichen Anlagen wird durch die maximale Firsthöhe (Oberkante Gebäude) festgesetzt. Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen ist die Oberkante des fertigen Fußbodenbelags des Erdgeschosses.
- Die Oberkante fertiger Fußbodenbelag des Erdgeschosses wird auf 207,2 m über NN festgesetzt. Bezugspunkt hierfür ist der in die Planzeichnung übernommene Kanaldeckel (HS-016.1) mit einer Höhe von 206,83 m über NN.
- 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V.m. § 22 BauNVO)**
- Gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO wird die abweichende Bauweise (a) festgesetzt.
- 4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V.m. § 23 BauNVO)**
- Die überbaubaren Grundstücksflächen werden im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans bestimmt durch die Festsetzung von
- Baugrenzen (§ 23 Abs. 3 BauNVO)
- Ein Vortreten von untergeordneten Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis maximal 0,5 m) kann zugelassen werden. Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig sind.
- Für die Einhaltung der erforderlichen Abstandsflächen der Gebäude zueinander gelten die Bestimmungen der Landesbauordnung des Saarlandes (LBO).
- Baufinden (§ 23 Abs. 2 BauNVO)
- Ein Vor- oder Zurücktreten von untergeordneten Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis maximal 0,5 m) kann zugelassen werden.
- Stellplätze, Carports, Garagen sowie ihre Zufahrten sind im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans auf den Baugrundstücken innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- Stellplätze sind zusätzlich innerhalb der in der Planzeichnung dafür vorgesehenen und festgesetzten Flächen zulässig.
- Nicht überbaute Stellplätze können vor der vorderen Baugrenze und innerhalb des verkehrsberuhigten Bereiches zugelassen werden, wenn dadurch die Sicherheit im Straßenraum nicht beeinträchtigt wird (Mindestschleife nach EA 65/95).
- Tiefgaragen sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- Zu- und Abfahrten sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- 6. Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)**
- Die Verkehrsflächen werden gemäß den Einträgen in der Planzeichnung als öffentliche Verkehrsfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB festgesetzt.
- Zudem werden mehrere Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung "Fußgängerbereich / Fußweg", "Verkehrsberuhigter Bereich", sowie "Öffentliche Parkfläche" (Besucherstellplätze) innerhalb des Plangebietes festgesetzt.
- 7. Ver- und Entsorgung**
- 7.1 Wasser, Strom- und Gasversorgung (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)**
- Im Plangebiet verlaufen mehrere unterirdische Leitungen, die entsprechend der Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (10kV, G, W) im Bebauungsplan festgesetzt werden.
- 7.2 Abwasser / Entwässerung (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)**
- Das anfallende unversunzte Niederschlagswasser in dem Gebiet wird direkt in den Kollerbach bzw. den Hermesbornbach eingeleitet.

- 8. Öffentliche Grünflächen**
- Im Bebauungsplan werden gemäß den Einträgen in der Planzeichnung öffentliche Grünflächen entlang des Kollerbachs festgesetzt. Die öffentlichen Grünfläche ist entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu gestalten und zu unterhalten.
- 8.2 Private Grünflächen**
- Im Bebauungsplan wird gemäß den Einträgen in der Planzeichnung eine private Grünfläche festgesetzt. Diese ist entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu gestalten und zu unterhalten. Stellplätze sind hier innerhalb der dafür vorgesehenen Flächen zulässig.
- 9. Wasserflächen sowie Flächen für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)**
- Der unversohnte Teil des Kollerbachs wird als Wasserfläche festgesetzt.
- 10. Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)**
- Alle nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht für die Zufahrten, Einfahrten, Stellplätze und Nebenanlagen benötigt werden, sind gärtnerisch anzulegen und zu begrünen.
- P1: Räumliche Eingrünung durch Pflanzung von Laubbäumen und Sträuchern**
- Innerhalb der als P1 gekennzeichneten Fläche sind standortgerechte Laubbäume und Sträucher zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.
- P2: Stellplatzbegrünung**
- Pro 10 Stellplätze ist mindestens ein standortgerechter Laubbäum gemäß Pflichtenau anzupflanzen.
- Für alle Pflanzungen sind nur einheimische und standortgerechte Bäume und Sträucher zu verwenden.
- Die nachfolgenden Pflanzlisten stellen eine beispielhafte Auswahl geeigneter einheimischer, standortgerechter bzw. regionaltypischer Gehölze dar:
- Pflanzliste Laubbäume (P1 und P2)**
- Acer campestre (Feldahorn)
 - Acer platanoides (Spitzahorn)
 - Acer pseudoplatanus (Bergahorn)
 - Carpinus betulus (Hainbuche)
 - Fagus sylvatica (Rothbuche)
 - Fraxinus excelsior (Esche)
 - Prunus avium (Vogelkirsche)
 - Quercus petraea (Traubeneiche)
 - Quercus robur (Stieleiche)
 - Tilia cordata (Winterlinde)
 - Tilia platyphyllos (Sommerlinde)
- Pflanzliste Sträucher (P1)**
- Cornus sanguinea (Blaustromer Hartriegel)
 - Cornus avellana (Hasel)
 - Crataegus laevigata (Zweigflügel Weidling)
 - Crataegus monogyna (Eingriffeliger Weidling)
 - Ligustrum vulgare (Liguster)
 - Prunus spinosa (Schlehe)
 - Rosa canina (Hundsrose)
 - Sambucus nigra (Schwarzer Holunder)
 - Viburnum lantana (Wulfscher Schneeball)
 - Viburnum opulus (Gewöhnlicher Schneeball)
- Erfolgreiche Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB.
- siehe Planzeichnung
- 12. Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)**

Gesetzliche Grundlagen

- Bund:**
- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2955)
 - Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 1980) (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748)
 - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.6.2013 (BGBl. I S. 1548)
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauplanlage und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.7.2011 (BGBl. I S. 1509)
 - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374)
 - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 sowie Artikel 4 Abs. 75 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154)
 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsgliederungen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393)
 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenverunreinigungen und zur Sanierung von Altstellen (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)
- Land:**
- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG) Gesetz Nr. 1731 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599)
 - Kommunale Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Mai 2014 (Amtsbl. S. 172).
 - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG) Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutz- rechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 726), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer Strategischen Umweltpolitik und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2008 S. 3)
 - Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtsbl. 2014 S. 2).
 - Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1496), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 100 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374)
 - Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baubereichs vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Dezember 2012 (Amtsblatt des Saarlandes S.1554)
 - Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
 - Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG)-Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsgliederungen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393)
 - Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)

- 1. Abstimmung**
- Vor Inangriffnahme jeglicher Baumaßnahmen ist in Abstimmung mit den Leistungsträgern (Gemeindeförderung, Tiefbauamt, EVG, Telekom, energis, Kabel Deutschland, VSE, WVO, etc.) die genaue Lage der Ver- und Entsorgungsanlagen, der sachgerechte Umgang mit Treib- und Schmierstoffen, Farben, Lötlösungen etc. sowie die ständige Kontrolle von Baumaschinen und -fortschritten. Der bei den zu erwartenden Baumaßnahmen anfallende Oberboden ist abzuschieben, fachgerecht zu lagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Während der Bauauführung soll nach DIN 18915 vorgegangen werden.
- Der Oberboden soll vor dem Beginn von Baumaßnahmen gemäß DIN 18 915 abgetrennt und abseits vom Bauareal in Mieten gelagert werden.
- Im Plangebiet sind Munitionsfunde nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen des Geländes durch den Kampfmittelräumdienst wird empfohlen.
- Für die Einleitung des unbelasteten Niederschlagswassers in den Kollerbach bzw. den Hermesborn ist eine wasserrechtliche Genehmigung durch das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) erforderlich. Im Rahmen dieser Beantragung ist das Niederschlagswasser gemäß DWA M-153 nach seiner Behandlungsbedürftigkeit zu beurteilen.
- Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 18920 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.
- Für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind die derzeit geltenden technischen Richtlinien und die darin beschriebenen Mindestabstände, besonders im Hinblick auf Ver- und Entsorgungsanlagen, zu beachten. Im Bauplanungsgebiet sind unterirdischen Versorgungsanlagen sind entsprechend des Merkblatts GW 125 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen auszuführen.
- Bei den Anpflanzungen sind die definierten Abstände des Nachbarschaftsrechtes einzuhalten bzw. abzusichern. Die zu erhaltenden Gehölze sind während der Bauphase gem. DIN 18920 zu sichern.
- Baumen und Entwurfsverfahren müssen sich vor Beginn der Planungen über neue Höhenverhältnisse anhand der Erschließungsplanung informieren.
- Die eingetragenen Grundstücksgrenzen sind nicht bindend. Die verbindlichen Grundstücksgrenzen werden durch eine katasteramtliche Vermessung hergestellt.
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 2. Bodenschutz**
- Es sind Vorkehrungen zum Schutz vor chemischen Verunreinigungen während der Bauphase zu treffen. Dazu gehören z.B. das Vorhalten von Entsorgungseinrichtungen auf der Baustelle, der sachgerechte Umgang mit Treib- und Schmierstoffen, Farben, Lötlösungen etc. sowie die ständige Kontrolle von Baumaschinen und -fortschritten. Der bei den zu erwartenden Baumaßnahmen anfallende Oberboden ist abzuschieben, fachgerecht zu lagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Während der Bauauführung soll nach DIN 18915 vorgegangen werden.
- Der Oberboden soll vor dem Beginn von Baumaßnahmen gemäß DIN 18 915 abgetrennt und abseits vom Bauareal in Mieten gelagert werden.
- Im Plangebiet sind Munitionsfunde nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen des Geländes durch den Kampfmittelräumdienst wird empfohlen.
- Für die Einleitung des unbelasteten Niederschlagswassers in den Kollerbach bzw. den Hermesborn ist eine wasserrechtliche Genehmigung durch das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) erforderlich. Im Rahmen dieser Beantragung ist das Niederschlagswasser gemäß DWA M-153 nach seiner Behandlungsbedürftigkeit zu beurteilen.
- Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 18920 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.
- Für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind die derzeit geltenden technischen Richtlinien und die darin beschriebenen Mindestabstände, besonders im Hinblick auf Ver- und Entsorgungsanlagen, zu beachten. Im Bauplanungsgebiet sind unterirdischen Versorgungsanlagen sind entsprechend des Merkblatts GW 125 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen auszuführen.
- Bei den Anpflanzungen sind die definierten Abstände des Nachbarschaftsrechtes einzuhalten bzw. abzusichern. Die zu erhaltenden Gehölze sind während der Bauphase gem. DIN 18920 zu sichern.
- Baumen und Entwurfsverfahren müssen sich vor Beginn der Planungen über neue Höhenverhältnisse anhand der Erschließungsplanung informieren.
- Die eingetragenen Grundstücksgrenzen sind nicht bindend. Die verbindlichen Grundstücksgrenzen werden durch eine katasteramtliche Vermessung hergestellt.
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 3. Munitionsfunde**
- Im Plangebiet sind Munitionsfunde nicht auszuschließen. Ein vorsorgliches Absuchen des Geländes durch den Kampfmittelräumdienst wird empfohlen.
- Für die Einleitung des unbelasteten Niederschlagswassers in den Kollerbach bzw. den Hermesborn ist eine wasserrechtliche Genehmigung durch das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) erforderlich. Im Rahmen dieser Beantragung ist das Niederschlagswasser gemäß DWA M-153 nach seiner Behandlungsbedürftigkeit zu beurteilen.
- Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 18920 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.
- Für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind die derzeit geltenden technischen Richtlinien und die darin beschriebenen Mindestabstände, besonders im Hinblick auf Ver- und Entsorgungsanlagen, zu beachten. Im Bauplanungsgebiet sind unterirdischen Versorgungsanlagen sind entsprechend des Merkblatts GW 125 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen auszuführen.
- Bei den Anpflanzungen sind die definierten Abstände des Nachbarschaftsrechtes einzuhalten bzw. abzusichern. Die zu erhaltenden Gehölze sind während der Bauphase gem. DIN 18920 zu sichern.
- Baumen und Entwurfsverfahren müssen sich vor Beginn der Planungen über neue Höhenverhältnisse anhand der Erschließungsplanung informieren.
- Die eingetragenen Grundstücksgrenzen sind nicht bindend. Die verbindlichen Grundstücksgrenzen werden durch eine katasteramtliche Vermessung hergestellt.
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 4. Einleiterlaubnis für den Kollerbach bzw. den Hermesbornbach**
- Für die Einleitung des unbelasteten Niederschlagswassers in den Kollerbach bzw. den Hermesborn ist eine wasserrechtliche Genehmigung durch das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) erforderlich. Im Rahmen dieser Beantragung ist das Niederschlagswasser gemäß DWA M-153 nach seiner Behandlungsbedürftigkeit zu beurteilen.
- Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 18920 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.
- Für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind die derzeit geltenden technischen Richtlinien und die darin beschriebenen Mindestabstände, besonders im Hinblick auf Ver- und Entsorgungsanlagen, zu beachten. Im Bauplanungsgebiet sind unterirdischen Versorgungsanlagen sind entsprechend des Merkblatts GW 125 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen auszuführen.
- Bei den Anpflanzungen sind die definierten Abstände des Nachbarschaftsrechtes einzuhalten bzw. abzusichern. Die zu erhaltenden Gehölze sind während der Bauphase gem. DIN 18920 zu sichern.
- Baumen und Entwurfsverfahren müssen sich vor Beginn der Planungen über neue Höhenverhältnisse anhand der Erschließungsplanung informieren.
- Die eingetragenen Grundstücksgrenzen sind nicht bindend. Die verbindlichen Grundstücksgrenzen werden durch eine katasteramtliche Vermessung hergestellt.
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 6. Böschungen**
- Baumen und Entwurfsverfahren müssen sich vor Beginn der Planungen über neue Höhenverhältnisse anhand der Erschließungsplanung informieren.
- Die eingetragenen Grundstücksgrenzen sind nicht bindend. Die verbindlichen Grundstücksgrenzen werden durch eine katasteramtliche Vermessung hergestellt.
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 7. Grundstücksgrenzen**
- Die eingetragenen Grundstücksgrenzen sind nicht bindend. Die verbindlichen Grundstücksgrenzen werden durch eine katasteramtliche Vermessung hergestellt.
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 8. Bergbau**
- Die Maßnahme befindet sich im Randbereich einer ehemaligen Eisenkonzeption. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von alten Bergbau zu achten und dies dem Oberbergamt mitzuteilen.
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 9. Fußgängerbrücke**
- Für die geplante Fußgängerbrücke über den Kollerbach ist ein Antrag gem. § 76 Saarländisches Wassergesetz (SWG) mit den dazugehörigen Unterlagen beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zu stellen.
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 10. Telekommunikationsanlagen**
- Die im Geltungsbereich befindlichen Telekommunikationsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern. Weder eine Überbauung der Anlagen noch die Verengung vorhandener Überdeckungen ist zulässig.
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 11. Bau- und Bodenentwürfe**
- Bei Bodenrissen wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot nach § 12 SdSchG hingewiesen.
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 12. Anlieferungszeiten**
- Die Anlieferung von Einzelhandelsbetrieben findet ausschließlich zwischen 06.00 und 22.00 statt und ist auf zwei Tage pro Woche begrenzt. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Püttlingen und dem Einzelhandelsbetrieb wird dies regeln.
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 13. Überbauung Hermesbornbach**
- Für die Überbauung des Hermesbornbach ist ein Antrag auf Gewässerabau nach § 68 WHG zu stellen.
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.
- 14. Hochwasserschutz**
- Für bauliche Anlagen im Plangebiet ist eine Hochwasserangepasste Bauweise zu wählen. Ein Nachweis darüber, dass es zu keinem Verlust von Retentionsraum durch Umsetzung des Vorhabens kommt, ist im Rahmen des Baumaßnahmen zu führen.

Aufstellungsbeschluss

Der Stadtrat der Stadt Püttlingen hat in seiner Sitzung am 12.11.2014 die Aufstellung der "6.1. Änderung Bebauungsplan Stadtmitte Püttlingen" im beschleunigten Verfahren beschlossen (§ 2 Abs. 1 und 13a BauGB).

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 26.11.2014 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Püttlingen ortsüblich bekannt gemacht.

Püttlingen, den

Der Bürgermeister

Beteiligungsverfahren

Der Stadtrat der Stadt Püttlingen hat in seiner Sitzung am 12.11.2014 den Entwurf der Änderung des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 26.11.2014 bis einschließlich 05.01.2015 während der Dienststunden öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgeben werden können und dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am

Der Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 26.11.2014 bis einschließlich 05.01.2015 während der Dienststunden öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgeben werden können und dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am

Der Bürgermeister

Erneute Öffentliche Auslegung

Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 10.04.2015 bis einschließlich 23.04.2015 während der Dienststunden öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu,